

Jakob Augstein Im Zweifel links

T wie Tragik



Wenn Neid der Ärger über den Mangel an Gelegenheit zur Schadenfreude ist, dann muss niemand mehr auf Thomas Middelhoff neidisch sein.

Big T war früher. Bei Middelhoff reicht es jetzt nur noch für ein kleines t – wie „tragisch“ und „traurig“. Seine Gläubiger haben ihn am Kragen gepackt. Er sitzt im Gefängnis. Er ist krank.

Hat das Gefängnis ihn krank gemacht? Middelhoffs Anwälte sagen, nahezu einen Monat lang sei ihr Mandant am Schlafen gehindert worden. Das diene der Suizidprävention, sagt die Anstalt. Das sei eine Menschenrechtsverletzung, sagt die Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Renate Künast. In den Akten steht, dass aus Sicht des Anstaltsarztes keine Selbstmordgefahr bestand.

Middelhoff wurde wegen Untreue und Steuerhinterziehung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Als gefallener Erzkapitalist ist er dem öffentlichen Spott ausgesetzt. Einem anderen Geldkriminellen, Uli Hoeneß, hat ein großer Teil der Öffentlichkeit dagegen Rosen gestreut, als er ins Gefängnis ging. „Ich werde für alles geradestehen. Und dann, wenn ich zurück bin, werde ich mich nicht zur Ruhe setzen. Das war’s noch nicht“, sagte Hoeneß, und Deutschland nickte, Tränen der Rührung in den Augen.

Nur zur Erinnerung: Die Summe der hinterzogenen Steuern, mithin der Schaden für die Allgemeinheit, war bei Hoeneß größer als bei Middelhoff. Aber der Fußballmanager ist Sympathieträger. Der Geldmanager nicht. Hoeneß wurde zum Opfer seiner Spielsucht an der Börse, Middelhoff zum Opfer seines globalisierten Größenwahns. Offenbar verzeihen wir das eine leichter als das andere. Nur, Sympathie ist keine juristische Kategorie. Und es ist nicht bekannt, dass Hoeneß in Landsberg alle 15 Minuten geweckt worden wäre.

Middelhoff schätzte die Lage realistisch ein, als er im Sommer vergangenen Jahres sagte: „Mein Bild in der Öffentlichkeit ist so schlecht, dass ich es kaum noch verändern oder vernünftig damit umgehen kann. Ich bin für viele Deutsche der Idealtyp des gierigen Managers, der verantwortungslos um den Globus irrlichtert.“

Nun ernten die Grünen Hohn dafür, dass sie Partei ausgerechnet für einen Erzkapitalisten ergreifen. Und Middelhoff lernt die hässliche Schwester des Neids kennen: die Schadenfreude. „Schlaflos in Essen“, überschrieb die „Welt“ einen Artikel über die Haftbedingungen. „Und es ward Licht“, titelte Taz.de.

Wenn es nur den richtigen Gegner trifft, können auch Linke ohne jedes Mitleid sein. Schopenhauer sagt, dass Schadenfreude „der Grausamkeit eng verwandt ist“ und „da eintritt, wo das Mitleid seine Stelle finden sollte, welches als ihr Gegenteil die wahre Quelle aller echten Gerechtigkeit und Menschenliebe ist“.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.

Bundesregierung Ein Gesetz für den Weltraum

Die Bundesregierung will eine umstrittene Praxis des Bundesnachrichtendienstes (BND) im Ausland nun doch auf eine rechtliche Grundlage stellen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll womöglich noch in diesem Jahr beschlossen werden. Die Überwachung von Telefonaten und E-Mails im Ausland war in den vergangenen Jahren wiederholt in die Kritik geraten. Zuletzt hatten drei renommierte Staatsrechtler vor dem NSA-Untersuchungsausschuss kritisiert, der deutsche Geheimdienst handle im Ausland weitgehend ohne gesetzliche Befugnisse, er könne dort nach Belieben Daten sammeln, speichern und bearbeiten. Der BND argumentierte dagegen mit der „Welt-

raumtheorie“: Demnach würden deutsche Gesetze nicht für Ausländer gelten, deren Daten etwa über Satelliten und damit quasi in einem rechtsfreien Raum abgeschöpft werden. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch das Bundeskanzleramt. Nun soll eine gesetzliche Regelung Klarheit schaffen. Der Entwurf muss allerdings noch mit dem SPD-geführten Justizministerium abgestimmt werden. Der Obmann der SPD-Fraktion im NSA-Untersuchungsausschuss, Christian Flisek, fordert eine Ausweitung der parlamentarischen Kontrollbefugnisse über die sogenannte G-10-Kommission. „Diese sollte auch dann wirksam einbezogen werden, wenn es um die Überwachung rein ausländischer Kommunikationsvorgänge durch den BND geht“, sagte er. gud, jös

AfD Votum über Lucke

Der Bundesvorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Bernd Lucke, will einen Befreiungsschlag gegen die anhaltende Kritik seiner Parteifreunde wagen: Er plant offenbar, den AfD-Mitgliedern die Vertrauensfrage über seine Person und seinen Kurs zu stellen. Wie informierte Parteikreise übereinstimmend berichten, plant Lucke eine Mitgliederbefragung noch vor dem Bundesparteitag Mitte Juni. Die prak-

tische Vorbereitung in der Bundesgeschäftsstelle laufe bereits, heißt es. Die rund 21 000 Mitglieder sollten per E-Mail befragt werden, notfalls auch per Brief, falls keine digitale Adresse vorliegt. Lucke habe die Vorstandskollegen über sein Vorhaben, das eine fünfstellige Summe kosten könnte, noch nicht informiert. In den vergangenen Wochen hat sich der Richtungstreit der Eurogegner stetig verschärft. Lucke wollte sich zu dem Thema aktuell nicht äußern. ama



Afghanistan Todesdrohung gegen Helfer

In Afghanistan fühlen sich immer mehr lokale Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) gefährdet. Seit Ende 2014 wandten sich sieben von ihnen an die GIZ, die am Hindukusch rund 1600 Afghanen beschäftigt. Die Ortskräfte berichte-

ten von Todesdrohungen. Im vergangenen November hatte das Entwicklungshilfeministerium in einem Brief an die Hilfsorganisation erstmals zugesagt, dass Betroffene in Deutschland aufgenommen werden könnten, wenn sie „einer konkreten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sind“. Bisher durften vier Afghanen nach Deutschland, sieben Anträge wurden abgelehnt. mgb